

Danziger Volksstimme

WILHELMSTRASSE 20 DANZIG

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 2-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bes. Tarif, die 3-spaltige Zeile 2.— Mk. von auswärts 3.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Verlagsdirektor Danzig 1918. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telephon 720.

Nr. 21 | Mittwoch, den 26. Januar 1921 | 12. Jahrgang

Ententehilfe für Oesterreich.

Die Arbeiten der Pariser Konferenz.

Paris, 25. Jan. Auf Verlangen der italienischen Delegation ist in der gestrigen Sitzung des Obersten Rates beschlossen worden, heute an erster Stelle sich mit der Notlage Oesterreichs zu beschäftigen.

Paris, 25. Jan. In der morgen vormittag stattfindenden Sitzung wird zunächst über die Lage in Oesterreich gesprochen. Alsdann wird in eine Prüfung der griechischen und der Orientfrage eingetreten.

Paris, 25. Jan. Ueber die heute vormittag stattgehabte dritte Sitzung der Konferenz besagt ein offizielles Communiqué: Man habe sich mit den Maßnahmen beschäftigt, um in kürzester Frist der ersten Lage Oesterreichs begegnen zu können. Es wurde schließlich beschlossen, eine kleine Kommission einzusetzen, die sofort zu ergreifenden Maßnahmen der Mächte zu studieren. Entscheidungen werden voraussichtlich noch vor Beendigung der Konferenz getroffen werden können.

Paris, 25. Jan. Nach einem Sonderbericht der Havas-Agentur wurde in der Konferenz hinsichtlich der Unterstützung Oesterreichs der Standpunkt vertreten, daß es notwendig sei, ein vollständiges Hilfsprogramm aufzustellen. Man wolle Oesterreich einerseits langfristige Kredite bewilligen. Andererseits müsse Oesterreich aber auch Garantien liefern hinsichtlich der Verwaltung seiner Finanzen und der Reorganisation der öffentlichen Dienste, namentlich des Verkehrswesens. Nach dem „Temps“ muß man Oesterreich für fünf Jahre einen Kredit von 250 Millionen Dollar gewähren.

Jetzt endlich kommen also auch die allierten Regierungen zu der Einsicht, daß die Besetzung der unruhigen Grenzgebiete Oesterreichs im Interesse aller Völker liegt. Der gerade in letzter Zeit wieder so lebhaft bekundete Wille Oesterreichs zum Anschluß an Deutschland entspringt eben nicht nur einem nationalen, sondern auch einem wirtschaftlichen Lebensbedürfnis. Aber die Entente erschöpft sich immer noch in Beratungen und Konferenzen, um unvollkommene Mittelstellen zur Abwendung einer ungeheuren Katastrophe zu erwägen, anstatt sich ehrlich und entschlossen zu der auf die Dauer doch nicht zu umgehenden Einsicht durchzuringen, daß die einzig mögliche Rettung in einer durchgreifenden Revision der Friedensverträge liegt. Dieser Einsicht entpricht offenbar auch die nachstehend wiedergegebene Kundgebung des Papstes:

Rom, 24. Jan. (Siefani.) Der Papst hat an den Kardinal-Staatssekretär Caspari ein Schreiben gerichtet, in dem er die gegenwärtig so traurige und vollkommen unhaltbare Lage Oesterreichs beklagt und den Kardinal-Staatssekretär auffordert, die Aufmerksamkeit der beim heiligen Stuhle beglaubigten Diplomaten auf diese schwerwiegende Tatsache zu lenken. Der Papst sagte weiter, einige Regierungen hätten wohl Hilfe zugesagt. Selbst wenn diese wieder bald käme, könne sie doch nicht wirksam sein, denn Oesterreich fehle die Möglichkeit zu einem eigenen Leben. Der Brief schließt mit dem Wunsch, daß die Regierungen sich von den hohen Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit leiten lassen und die Mittel ins Auge fassen werden, um sie zu verwirklichen.

Paris, 25. Jan. Wie Portinax im „Echo de Paris“ mitteilt, hat Ministerpräsident Briand bezüglich der Reparationsfrage seine Ansicht dahin geändert, man solle vorher zwei oder drei Jahreszahlungen der deutschen Verpflichtungen festsetzen.

Paris, 25. Jan. Nach dem „Intransigeant“ spricht man jetzt in der Reparationsfrage von einer Gesamtsumme von 85 Milliarden Goldmark ohne Zinsen. (Ueber die Möglichkeit der Eintreibung dieser wahrhaft bescheidenen Forderung scheint man sich in Paris, falls diese Meldung zutreffen sollte, den Kopf nicht zu zerbrechen. In die deutschen Reichskämmer, von denen Briand in der französischen Kammer gesprochen hat, kann doch ernsthaft kein alliierter Diplomat glauben. Wie lange wird sich das französische Volk noch von seinen Staatsmännern diese Illusionen erkaufen lassen? D. Red.)

Berlin, 25. Jan. Im Hauptausschuß des Reichstages äußerte sich Reichsminister Dr. Simons über die Reparationsfrage. Er gab einen Ueberblick über die bisherigen Verhandlungen u. d. Gründe, die für ein Eingehen auf den Vorschlag einer Festsetzung von Annuitäten für fünf Jahre maßgebend gewesen sind. Er betonte, daß wir auf die Festsetzung der Gesamtsumme, die Deutschland nach dem Friedensvertrage bis zum 1. Mai d. Js. erwarten würde, nur verzichten können, wenn wir uns vorher mit dem Gegner über die Erleichterungen der uns auferlegten Lasten verständigt haben, über die wir in Brüssel zu verhandeln begonnen. Führt es nicht zu einer Verständigung über die bekannten

Voraussetzungen unserer Leistungsfähigkeit und über die Methoden der Leistungen, so müßte es bei der Festsetzung der Gesamtsumme zum ersten Mal sein Bewenden haben, da die deutsche Regierung ein unbilliges Diktat einer unerfüllten Verpflichtung vorziehen würde. Auf der andern Seite dürfe die Regierung nicht versäumen, daß die Zusammenarbeit mit den bisherigen Gegnern der gemeinsamen Wiederherstellung der europäischen Staats- und Wirtschaftskraft dienlich sein könne, und sie müsse ebenso wie ihre Gegner sich durchdringen lassen von dem Bewußtsein der Interessensolidarität.

Vernünftige Maßnahmen für die obererschlesische Abstimmung.

Beuthen, 25. Jan. Die Regierungskommission in Oppeln hat folgende für die Abstimmung wichtige Entscheidungen getroffen, sie den beiden Vertretern des deutschen und des polnischen Plebiszitarkommissariats mitgeteilt und sie ermächtigt, die Bestimmungen zu veröffentlichen:

1. Alle Stimmberechtigten der Kategorie B (gebürtige, aber nicht anklässige Personen) erhalten von dem paritätischen Ausschuss eine Benachrichtigung, ob sie in die Stimmliste eingetragen sind oder nicht, und zwar durch die Post gegen Rückchein.

2. Für die Schreibweise der Namen wird am besten die auf der Geburtsurkunde gewählt. Im übrigen sollen die paritätischen Ausschüsse in dieser Frage nicht peinlich genau, sondern entgegenkommend sein. Es soll ausreichen, wenn durch die Schreibweise der Klang des Namens wiedergegeben wird.

3. In dem Antrag auf Eintragung in die Stimmliste, Kategorie B, Anlage I der Verordnungschriften) ist unter Nr. 15 anzugeben das Datum, an dem der Stimmberechtigte seinen Wohnort in Oberschlesien verließ. Eine ungefähre Angabe des Zeitpunktes genügt, wenn eine genauere Angabe nicht möglich ist.

4. Der Service du Plebiszite ist damit einverstanden, daß die Eintragungen der Abstimmungsgäste durch die Organisationen des deutschen und des polnischen Plebiszitarkommissariats den paritätischen Ausschüssen übermittelt werden.

Beuthen, 25. Jan. Nach einer Entscheidung von interalliierten Seite verkieren Personen dadurch, daß sie bereits an der Abstimmung von Ostpreußen teilgenommen haben, nicht die Abstimmungsberechtigung in Oberschlesien, wenn sie seit dem 1. Jan. 1904 ohne Unterbrechung im Abstimmungsgebiet gewohnt haben.

Der internationale Bergarbeiterbund zur europäischen Kohlenversorgung.

London, 25. Jan. In der heutigen Schlusssitzung des Vollauschusses des internationalen Bergarbeiterbundes wurde die Lage der Kohlenindustrie Deutschlands erörtert und eine Entschliessung angenommen, in der eine internationale Aktion gefordert wird, um die Kohlenversorgung mit der Nachfrage in Europa in nähere Beziehung zu bringen. Die Bergarbeiter aller Länder werden aufgefordert, die Heberschichten abzuschaffen. Der Ausschuss beschloß, die Entschliessung unverzüglich der augenblicklich in Paris tagenden Konferenz der Häupter der alliierten Regierungen zu übermitteln.

Betriebseinschränkungen in der französischen Industrie.

Paris, 25. Jan. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ haben sich die Betriebseinschränkungen bei mehreren Fabriken in Nancy erhöht. In den Schuhfabriken sind die Arbeiter nur 30 Stunden wöchentlich tätig. Auch aus Montauban werden Arbeitseinschränkungen gemeldet. Eine Weberei hat ihren Betrieb geschlossen. In einer andern Weberei wird nur zwei Wochen monatlich gearbeitet.

Polnische Waffenschlebung in Oberschlesien.

Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeigers“ aus Breslau ist ein großer polnischer Waffen- und Munitionstransport von der Abstimmungspolizei in Oberschlesien auf der Straße bei Krashoom (Kreis Oppeln) aufgehalten worden. Es wurden beschlagnahmt 43 Gewehre, über 1000 Schuß Munition und 45 Gummiknüppel. Von den 10 Begleitern des Transportes konnten nur vier festgenommen werden.

Das Existenzminimum.

Von H. K a h m a n n, D. d. A.

Die nachfolgenden auf Deutschland bezüglichen Ausführungen gelten unseres Erachtens im wesentlichen auch für den Freistaat Danzig. D. Red.

Mit dem Begriff Existenzminimum wird seit geraumer Zeit eine ungeheure Verwirrung angerichtet. Jede Lohn- und Gehaltsforderung der Arbeiter und unteren und mittleren Beamten wird mit dem Hinweis erhoben, daß das Existenzminimum nicht erreicht sei und mindestens erreicht werden müsse.

Wenn das gesteckte Ziel so einfach wäre und mit der Auszahlung größerer Mengen Papierfetzen erreicht werden könnte, dann müßte es in Deutschland längst erreicht sein. Und dann wäre es in Oesterreich, wo die Maschinen zur Herstellung der Banknoten in noch rasenderem Tempo laufen als in Deutschland, erst recht erreicht, und die russischen Arbeiter und Beamten müßten sich wie Bourgeois fühlen, denn sie erhalten jetzt Monatsbezüge an Papierfetzen, die früher ein Vermögen darstellten, und von deren Zinsen früher eine Familie ein ganzes Jahr anständig leben konnte. In Deutschland aber, wie auch in Oesterreich, und vor allem in Rußland, steigt die Summe des Existenzminimums schneller als das Einkommen, und glühendstenfalls geht es den breiten Schichten des Proletariats in seinem Streben, das Existenzminimum zu erreichen, so wie dem Hunde, dem man auf einer Verlängerung der Wagendeichsel, an der er zu ziehen hat, eine Wurst anbrachte. Er kann sie nicht erreichen, mag er noch so schnell laufen — die Distanz bleibt dieselbe.

Die Forderung auf Gewährung des Existenzminimums, durch Erhöhung des Einkommens, mag in einem Gemeinwesen, dessen Wirtschaft gut funktioniert und prosperiert, und das weder für Zwecke des eigenen, noch für die anderer Länder gewaltige Summen aufzubringen hat, berechtigt und durchführbar sein. In einem Lande aber, dessen Produktion an allen Ecken und Enden gelähmt ist, das gewaltige soziale Lasten zu tragen und ungeheure Summen an Kriegenschädigung aufzubringen hat, und das überdies in seinen Rohstoffbezügen und in seinem Absatz an Waren in weitgehendstem Maße vom internationalen Markt abhängig ist, gleicht die Forderung einem Phantom.

Wir schreiben das nicht, um dem Proletariat in seinem schweren und notwendigen Kampfe um Besserung seiner sozialen Lage hinderlich zu sein, und um der besitzenden Klasse das Recht einzuräumen, die Forderungen der arbeitenden Schichten abzulehnen; nein, wir schreiben das, um die Arbeiterklasse von dem Wahne zu heilen, daß sie allein durch Erhöhung ihres Stunden- oder Monatslohnes das Ziel erreichen könnte.

Jeder, ob Beamter oder Arbeiter, der in Beschäftigung steht, wird zu seinem Teile feststellen können — Ausnahmen scheiden immer aus —, daß sich sein Einkommen seit Jahresfrist wesentlich erhöht hat, und er wird ebenso feststellen müssen, daß sich seine wirtschaftliche Lage nicht gebessert hat. Die Frage der Erreichung des Existenzminimums hat eben tiefere Gründe und muß vom nationalökonomischen Standpunkt, unter Berücksichtigung der internationalen Lage, geprüft werden.

Als Existenzminimum gilt ein Einkommen, das ausreichend ist, um die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Wohnung und Kulturansprüche für sich und die Angehörigen der Familie zu bestreiten. Dabei ist aber die Frage zu stellen, ob das Gesamteinkommen der Nation so groß ist, daß das Existenzminimum allen Angehörigen der Nation gewährt werden kann. Der gerechteste Zustand wäre es wohl, wenn das gesamte Nationaleinkommen nach gleichen Grundsätzen zur Verteilung gelangte.

Das Existenzminimum für alle Klassen der Bevölkerung ist verhältnismäßig leicht in den Ländern zu erreichen, die am wenigsten oder gar nicht auf den internationalen Markt angewiesen sind. Das trifft zu auf Rußland, Amerika und England mit seinen Kolonien. Diese Länder verfügen über alle Rohstoffquellen, aus denen der Bedarf gedeckt werden kann, und sie haben soviel Ackerland, Wald und Vieh in Besitz, daß sie ausreichende Mengen Nahrungsmittel und Baumwolle ernten, Holz fällen und Wolle und Leder gewinnen können. Wenn in diesen Ländern die arbeitenden Massen in der Regel das Existenzminimum trotzdem nicht erreichen, dann liegt das daran, daß die Produktivität noch nicht genügend gesteigert ist, daß das Unternehmertum erheblicher Mehrwert in Anspruch nimmt, oder daß die Zahlungsmittel von allen Schichten des Volkes aus dem nötigen Kreislauf zurückgehalten, also gespart und nicht zu produktiven Zwecken angelegt werden.

Biel schwerer fällt es den arbeitenden Massen in dem kontinentalen Deutschland, das im eigenen Lande weder aus-

schlechte Rohstoffquellen, noch genügend Acker, Wald und Vieh hat und demzufolge Rohstoffe für die Industrie und Nahrungs- und Futtermittel einführen muß. Das Volk eines solchen Landes kann nur bestehen, wenn ihm der internationale Markt erschlossen ist und es von ihm die nötigen Rohstoffe, Nahrungsmittel und Futtermittel einführen kann. Mit der Einsicht allein aber ist es nicht getan, denn die Bezahlung dafür kann nur in wertvollen Zahlungsmitteln erfolgen. Solche Zahlungsmittel sind nun entweder Gold, oder Papiernoten, für die eine ausreichende Golddeckung vorhanden ist. Eine solche Golddeckung hat Deutschland vor dem Kriege nicht besessen und hat es heute noch viel weniger. Der internationale Austausch erfolgte daher in der Weise, daß die bezogenen Rohstoffe gegen Fertigwaren getauscht wurden.

Der vom deutschen Volke erzeugte Warenwert ist viel geringer, als er zur Gewährung des Existenzminimums benötigt wird. Die Warenproduktion ist durch den Krieg und durch den Friedensvertrag ganz erheblich vermindert und bessert sich erst ganz allmählich. Aber selbst wenn Deutschland seine Warenproduktion ganz erheblich steigert, darf daraus noch nicht unter allen Umständen geschlossen werden, daß sich die Lage des arbeitenden Volkes ebenso erheblich bessert, denn mitentscheidend ist, ob die fertiggestellten Waren auf dem internationalen Markt pünktlich abgesetzt werden können. Die Aussichten dafür sind zurzeit nicht die besten, denn die großen Absatzländer befinden sich selber in einer schweren Wirtschaftskrise, und sie müßten auch in Deutschland noch viel schlimmer, wenn nicht durch vielfache Zuschüsse aus Reichsmitteln, die in der Preissteigerung für Lebensmittel und in der Niedrighaltung der Zölle im Holz- und Eisenbahnbauwesen in die Wirtschaften treten, die Produktionskosten ganz erheblich vermindert und damit die Industrieprodukte billiger auf den internationalen Markt gebracht würden.

Die Lage des deutschen Volkes würde aber noch trostloser, wenn Reich, Länder und Gemeinden mit einemmal dazu kämen, die Steuern so auszubauen, daß die Defizite in den Etats verschwinden. Das könnte nur geschehen, wenn eine noch viel härtere Steuerbelastung erfolgte, als das ohnehin schon der Fall ist. Wie umfangreich diese sein, und in wie hohem Grade sie die Lebenshaltung des Volkes ungünstig beeinflussen würde, ergibt sich daraus, daß eine Verdoppelung der Einkommensteuer, die ja faktisch bei den höheren Einkommen gar nicht mehr möglich ist, indem schon jetzt rund 70 Prozent weggelassen werden, bei weitem nicht ausreichen würde, um Ausgaben und Einnahmen in Einklang zu bringen.

Das Erträgnis der Einkommensteuer wird auf jährlich 10 Milliarden geschätzt; wir schätzen es auf mindestens 20. Auch bei dieser Schätzung dürften noch 20 Milliarden Mark unentrichtet geblieben und verfallener Einkommen von der Steuer verkannt bleiben. Ein oberflächliches Rechenexempel ergibt, daß nach dem angenommenen Steuererträgnis das Nationaleinkommen nur höchstens 150 Milliarden Mark im Jahre beträgt. Wenn von diesem Betrag ein Viertel für die nicht erwerbstätigen Frauen und Kinder in Anrechnung kommt, dann bleiben für die ungefähr 25 Millionen selbständigen Erwerbstätigen rund lumpig 110 Milliarden Mark übrig oder pro Kopf und Jahr 4250 Mark.

Das ist das Einkommen maximum, das gemährt werden kann, wenn von den geschaffenen Werten der Nation nicht gezehrt werden soll, und wenn das Rechenexempel der Steuerbehörden nicht total falsch ist.

Trotzdem hat die arbeitende Klasse ein Recht, auf Verbesserung ihrer sozialen Lage zu dringen. Sie darf sich dabei aber nicht auf den einfachen Lohnkampf beschränken; nein, sie muß dem Kampf neuen Inhalt und neue Formen geben. Sie hat die Aufgabe, die Intensität der Arbeit erheblich zu steigern, und sie muß dabei zugleich darauf hinwirken, daß das Mehrergebnis vollständig in den Besitz des arbeitenden Volkes übergeht. Sie muß mit aller Entschiedenheit darauf dringen, daß dem Unternehmertum die viel zu lang gewachsenen Krallen beschliffen werden.

Durch eine stärkere Leistungsfähigkeit in Landwirtschaft und Industrie, in Handel und Wandel und durch Bekämpfung des Unternehmertums werden die Produkte verbilligt, und in demselben Maße steigert sich die Kaufkraft des Volkes.

Das Existenzminimum ist damit freilich noch lange nicht garantiert. Das zu erreichen, wird erst möglich sein in der sozialistischen Gesellschaft, in der die Arbeiterklasse weder für heimische noch für ausländische Kapitalisten Mehrwerte zu schaffen hat. In der sozialistischen Gesellschaft wird die ganze Gemeinschaft in ihrer Tätigkeit darauf eingestellt sein, den Bedarf und die Erzeugung von Konsumgütern zu steigern. Auf dieses große Ziel müssen die Kampfe, die mit der Sozialisierung der Arbeit beginnen, mit eingestuft werden.

Deutsche Entwaffnung und französischer Militarismus.

Paris, 24. Jan. Die erste Sitzung der Pariser Konferenz hat heute vormittag 10 Uhr begonnen. Es waren nur die Chefs der Delegationen anwesend, für Frankreich Briand unterstützt von Berthelot, für England Lloyd George und Lord Curzon, für Italien Graf Sforza und Bisschopfer Bonin-Bongare und Graf Della-Torresca, für Belgien Minister Daspas und Teunis, für Japan Graf Ichii. Es wurde vereinbart, die Sachverständigen je nach Bedarf bei den Fragen zu berufen, in denen sie ihre Ansicht zum Ausdruck bringen sollen. Die Frage der Entwaffnung Deutschlands werde zuerst erfolgen. Als technische Berater wurden alsdann für Frankreich Kriegsminister Barthou und Marschall Foch begleitet von den Generalen Beggand und Nollet, für England Marschall Wilson und General Uingham, für Belgien General Maglaye und für Italien General Marietti. Marschall Foch leitete die Feststellungen des interalliierten militärischen Ausschusses von Versailles vom 18.

Dezember 1920 zusammen und setzte alsdann die augenblickliche Lage Deutschlands hinsichtlich seiner Truppen und ihrer Bewaffnung auseinander. In einzelnen Punkten gaben die Generale Uingham und Nollet und Marietti ebenfalls Aufklärung. Nachdem die Sachverständigen ihre Berichte erstattet haben, werden die Regierungschefs zur Beratung der Angelegenheit schreiten. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß nach Erledigung der Entwaffnungsfrage die Frage der deutschen Kohlenlieferungen zur Behandlung kommen werde. Dann wird die Orientfrage erledigt und erst nachher das Reparationsproblem in Angriff genommen werden. Wahrscheinlich werde die Konferenz bis Ende dieser Woche dauern.

Paris, 24. Jan. Nach dem am Abend ausgegebenen amtlichen Bericht über die heutige Nachmittags-Sitzung hat die Konferenz bei der Beratung der Entwaffnungsfrage Deutschlands entschieden, daß die Sachverständigen von der Marine und Luftschiffahrt sich morgen vormittag unter dem Vorsitz von Marschall Foch zusammenfinden sollen, um die Maßnahmen festzulegen, die gegenüber Deutschland getroffen werden sollen, um die baldige Ausführung der Friedenspläne in betreff der Entwaffnung durchzuführen. Die Sachverständigen sollen der Konferenz alsdann berichten.

Paris, 25. Jan. Der „Temps“ legt entgegen anderslautenden Berichten die englische Delegation keinen Vorschlag gemacht oder Vorbereitungen getroffen, die darauf abzielen, im Laufe der Beratungen der jetzt tagenden Pariser Konferenz Mitglieder oder Vertreter der deutschen Regierung zuzulassen. Es sei aber möglich, daß es in der Zukunft für notwendig gehalten werde, eine Begegnung zwischen Mitgliedern der Alliierten und der deutschen Regierung herbeizuführen, um Deutschland die Lösungen zur Kenntnis zu bringen, über die sich die Alliierten in bezug auf die Entschädigungsfrage geeinigt hätten.

Paris, 25. Jan. Nach einer Sondermeldung der Havasagentur hat Marschall Foch in dem Bericht, den er im Dezember namens des interalliierten militärischen Ausschusses von Versailles erstattete und in der heutigen Vormittags-Sitzung der Pariser Konferenz zusammenfasste, in neun einzelnen aufgeführten Fällen Feststellungen über die von der deutschen Regierung angeblich noch nicht erfüllten Forderungen gemacht.

Berlin, 26. Jan. Graf Montgelas gibt im „Berl. Tageblatt“ auf Grund von Erkundigungen an unterrichteter deutscher Stelle eine eingehende Zusammenfassung über die Kosten der interalliierten Besatzungsmächte im Rheinland, deren Gesamtsumme monatlich über zwei Milliarden oder jährlich über 24 Milliarden Papiermark beträgt. Als Ursache dieser phantastischen Ziffern bezeichnet Montgelas die übermäßige Stärke der Besatzungstruppen und ihre übermäßig hohen Gehälter, einschließlich der französischen Truppen. Am Rhein bewachen 200 000 Mann eine 470 Kilometer lange Grenze gegen die deutsche Reichswehr, die nur 90 000 Mann Verspannungstruppe einschließlich sämtlicher Nichtkombattanten zählt und im Osten eine 2000 Kilometer lange Grenze gegen Polen und Bolschewisten zu sichern hat. Wenn die 15 jährige Besatzungsdauer wegen der von fünf zu fünf Jahren eintretenden Verlängerung der belebten Zone einer zehnjährigen Besatzung in dem bisherigen Umfang gleichgestellt wird, so beträgt die Gesamtsumme der Besatzung 225 Milliarden Papiermark.

Deutschlands Wiedergutmachungslieferungen bis zum Ende des vorigen Jahres.

Paris, 23. Jan. Havas meldet: Die Reparationskommission veröffentlicht folgenden Bericht über die Lieferungen Deutschlands bis zum 31. Dezember 1920:

Die Lieferungen auf das Reparationskonto betragen bis zum 31. Dezember 1920: Kohlen (Koks und Braunkohlen inbegriffen und gleichwertig berechnet) 17 818 840 Tonnen; Ammoniak-Sulfat 19 000 Tonnen; Dampf, Segler, Fischerboote 2 034 729 Bruttotonnen; Rüstschiffe nebst Material dazu 28 730 Tonnen; Tiere 360 000 Stück; Samereien 6 802 558 Kilogramm; rollendes Material: Lokomotiven 4571, Waggons 129 555, Lastwagen 5000; festes Eisenbahnmateriale 140 000 Tonnen; landwirtschaftliches Material 131 505 Tonnen (Maschinen und Geräte); Kraftstoffe 10 787 827 Kilogramm; pharmazeutische Produkte 57 823 Kilogramm; Unterseeboote: Emden—Ligo, Emden—Brest, Emden—Teneriffa, Emden—Azoren (1 und 2), Azoren—Reunort (1 und 2), Teneriffa—Morrovia, Morrovia—Come, Come—Duala, Morrovia—Vernambuco, Konstantinopel—Konstanz, Jap-Schanghai, Jap—Guam, Jap—Menado. In dem vorstehenden Verzeichnis sind verschiedene Lieferungen und Ablieferungen verschiedener Art nicht enthalten, die Deutschland gut geschrieben werden müssen, wofür aber Zahlen nicht angegeben werden können, z. B. für Privatleantum, Teilschulden in den abgetretenen Gebieten und im Saargebiet, nach dem 11. November 1918 im Stich gelassenes Material usw. Endlich umfaßt die Liste Lieferungen oder Abtretungen, die im Friedensvertrag mit anderen Mächten als Deutschland vor-gehen sind.

Bis heute hat die Reparationskommission folgende Verteilung der deutschen Lieferungen auf das Reparationskonto vorgenommen: Kohlen: Frankreich 14 210 582 Tonnen, Italien 1 618 534 Tonnen, Belgien 1 401 626 Tonnen, Luxemburg 583 098 Tonnen; Ammoniak-Sulfat: Frankreich 19 000 Tonnen; Schiffe (in Bruttotonnen): Großbritannien 1 477 839, Frankreich 166 924, Italien 124 901, Belgien 15 831, Japan 28 678; Rüstschiffmaterial: Frankreich 36 730, Belgien 2000, Tiere: Frankreich 308 243, Belgien 152 253 Stück; Samereien: Frankreich 6 501 310, Italien 200, Belgien 301 678 Kilogramm; Kraftstoffe: Peruanische Staaten 1 300 143, Großbritannien 3 113 802, Frankreich 3 172 632, Italien 1 760 810, Belgien 1 190 375, Japan 259 062 Kilogramm; pharmazeutische Produkte: Italien 57 823, Belgien 12 385, Japan 155 Kilogramm; rollendes Material: Lokomotiven: Frankreich 2635, Belgien 1915; Eisenbahnwagen: Frankreich 63 658, Belgien 85 897; Kraftschiffe und Automobile: Peruanische Staaten 1314, Großbritannien 1242, Frankreich 2290, Belgien 224; landwirtschaftliches Material und Maschinen: Frankreich 109 932, Belgien 215 1; festes

Eisenbahnmateriale: Frankreich 90 000, Belgien 50 000 Tonnen. Die Aufstellung der Unterseeboote, die von den Alliierten Mächten einer Konferenz von Sachverständigen in Brüssel am 1. Januar 1921 anvertraut worden war, hat noch nicht ausgeführt werden können.

Für den größten Teil der oben angeführten Lieferungen wurden Schätzungen vorgenommen. Da einige Hauptposten noch nicht gelöst sind, mußten hier und da an Hand verschiedener Unterlagen Zahlen aufgestellt werden, zwischen denen später gewählt werden wird. Die Kommission legt jedoch Wert darauf zu erklären, daß die Zahl, die Deutschland für die bezügliche der Anzahlung auf die 20 Milliarden Goldmark, die es laut Artikel 233 des Friedensvertrages zu zahlen hat, nicht überschreite, die wirkliche Zahl anscheinlich überschreitet. (1) Die hauptsächlichsten Werte, bei denen eine Unsicherheit oder Abweichung vorliegt, sind die Eisenbahnmaterialien in den abgetretenen Gebieten, die Schiffe, das Saargebiet, das von den Deutschen nach dem 11. November 1918 aufgegebenen Material, ein Teil der Kohlen.

Außer dem Deutschland ganz zurechnenden Eisenbahnmateriale Artikel 233 des Friedensvertrages, daß Deutschland verpflichtet ist, zurückzuweisen Gegenstände jeder Art, Wertpapiere und Gebeir, die weggenommen, beschlagnahmt oder sequestriert worden sind, falls es möglich ist, diese zu identifizieren, sei es auf deutschem Gebiet oder im Gebiet der Alliierten. Diese Rückertattung identifizierter Gegenstände ist durchaus zu unterscheiden von den oben angeführten Lieferungen; Artikel 233 des Vertrages setzt fest, daß deren Wert nicht auf das Reparationskonto Deutschlands gebucht werden darf. Die Kommission stellte bis zum 31. Dez. 1920 folgende Rückertattungen für Frankreich und Belgien fest: an landwirtschaftlichen Maschinen: Frankreich 18 546, Belgien 14, zusammen 13 560; Material für die Industrie: Frankreich 184 161, Belgien 87 046, zusammen 271 207; rollendes Material: Lokomotiven: Frankreich 273, Belgien 134, zusammen 407; Waggons: Frankreich 6031, Belgien 12 897, zusammen 18 928. Andere Güter sind gleichfalls zurückertattet worden, wie Wertpapiere, eine gewisse Menge Mobiliar und Kunstgegenstände.

Die „Humanité“ als Kommunistenorgan.

Paris, 23. Jan. In der gestrigen Sitzung der Aktionäre der „Humanité“ ist beschlossen worden, das Blatt in den Händen der kommunistischen Partei zu lassen. 2011 Stimmen waren dafür, 1179 enthielten sich der Abstimmung.

Paris, 24. Jan. Zu der Abstimmung in der Generalversammlung der Aktionäre der „Humanité“ wird noch gemeldet: Es handelte sich bei der Beschlussfassung um die Verstaatlichung der Administratoren des Blattes, die durch den Kongress von Tours bestimmt worden waren. Nach dem „Echo de Paris“ hat ein Teil der Aktionäre durch ihren Vertreter Blum die Generalversammlung für ungültig erklärt, da sie nicht, wie die Vorschriften es befehlen, von einem Mehrheit der Aktionäre einberufen worden sei. Blum zog sich daher mit seinen Anhängern unter lebhafter Erregung aus der Versammlung zurück, die jedoch weiter tagte. Das „Echo de Paris“ sieht einen Prozeß zwischen Kommunisten und Sozialisten wegen dieser Frage voraus.

Konzentration des Kapitals.

Seit einigen Tagen weilen Vertreter von Stinnes in Wien, die mit dem Handelsministerium wegen Ankaufs der staatlichen Industriewerke verhandeln. Die Werke sind der weitaus größte Komplex von Industrieanlagen in Österreich und ihr Wert beträgt einige Milliarden. Die Werke öfteren Hauptanlagen in Wien und Wöllersdorf konzentriert sind, umfassen neben einem Stahl- und Walzwerk eine große Gießerei, Kesselschmiede, landwirtschaftliche Maschinenfabriken, Sägemerke, Fabriken für feinmechanische Instrumente usw. Die Anlagen wurden zum größten Teil während des Krieges von der Heeresverwaltung im modernsten Stil mit verschwenderischer Ausstattung errichtet und verfügen über besonders geschultes Personal. Infolge einer völligen Desorganisation der noch zum Teil von sachkundigen ehemaligen Militärs geleiteten Verwaltung arbeitet man jedoch mit riesigem Defizit. Insofern ist die christlich-sozialen Regierung zum Verkauf der Werke geneigt. In Konkurrenz mit Stinnes interessiert sich dafür aber auch englisches Kapital. Wegen der Absicht, die staatlichen Industriewerke an das Privatekapital abzugeben, erhebt sich jedoch der energische Widerstand der dort beschäftigten Arbeiterschaft.

Die grundsätzliche Entscheidung darüber, ob Verkauf an das Privatekapital stattfindet oder eine gemeinschaftliche Form allenfalls unter Absetzung einiger Nebenbetriebe versucht werden soll, wird in nächster Zeit in einer Sitzung des Handelsministers mit den Führern der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftskommissionen fallen.

Kleine Nachrichten.

Ein Verwandlungskünstler wie so viele andere ist der Kommunist Anton Werner, von dem die „Bergarbeiterzeitung“ berichtet. Dieser Mann wurde im vorigen Jahre Mitglied der Zahlstelle Hiptedt des Bergarbeiterverbandes und kämpfte besonders tüchtig gegen den Gewerkschaftschriftlicher Bergarbeiter. Schließlich wurde er Vorstand der U. S. P. D., entschied sich aber bei der Spaltung dieser Partei für die S. Internationale. In den Versammlungen überhohlg er sich förmlich mit revolutionären Redensarten und hat das äußerste an Schimpereien auf die Arbeitervertreter und Kapitalisten. Und jetzt? Jetzt ist der liebe Anton ganz still und ruhig geworden, er geht wieder in die Kirche, tut Buße, und ist ein eifriges Mitglied beim Gewerkschaftschriftlicher Bergarbeiter geworden. Papst Lenin wird seinen Ungerechten mährchenhaft in Käst und Mann tun; dafür winkt ihm Gnade von seinem Gotte, der ihn selig haben möge.

Eine russische Gewerkschaftswoche.

D. C. Ein Moskauer Funkpruch meldet, daß zur Stärkung der Gewerkschaftsbewegung vom 15. bis 22. Februar d. J. eine allrussische Gewerkschaftswoche abgehalten werden soll.

Amlicke Bekannmachungen.

Verordnung betr. Gas- u. Elektrizitäts-Verbrauch.

Ziffer 1 der Verordnung vom 29. Oktober 1920 wird wie folgt abgeändert:

1. In allen offenen Verkaufsstellen, Warenhäusern, Ladengeschäften, auch Lebensmittelgeschäften usw. darf Gas und elektrische Arbeit nach 6 Uhr abends, Sonnabends nach 7 Uhr abends, nicht verwendet werden. Schaufenster und Schaukästen dürfen weder durch Außen- noch Innenlampen beleuchtet werden. Sicherheitslampen, welche in der Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens brennen sollen, sind nur von Fall zu Fall mit besonderer Genehmigung des Magistrats zulässig. Apotheken sind von diesen Bestimmungen befreit.

Danzig, den 24. Januar 1921.

Der Magistrat.

(3478)

Ausgabe von Zusatzzucker.

Während des Monats Februar wird 1/2 Pfd. Zucker zum Preise von 2,75 M. für das halbe Pfund gegen Abgabe des IV. Abschnittes der Zuckerkarte für Zusatzzucker in den am 14. Dezember 1920 bekanntgegebenen Geschäften verabfolgt. Nur diese Geschäfte sind berechtigt, die Marke für Zusatzzucker von der Zuckerkarte abzuschneiden und zu befestigen. Bei Forderung der Marke darf der Kleinhandler 5 Pfg. je Pfund mehr berechnen.

Die vereinnahmten Zusatzzuckermarken sind von den Kleinhandlern auf Bogen zu kleben und der Zuckerkarte des Wirtschaftsamtes, Wiedenholzerstr. 1, einzureichen.

Danzig, den 20. Januar 1921.

Der Magistrat.

(3480)

Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen.

Ortsgruppe Danzig. — Gedruckt von 8-12 und 1-5 Uhr. Dienstag und Donnerstag geschlossen.

Am 28. Januar 1921, abends 6 Uhr findet im Ritzinghaus, Hintergasse 18 eine

General-Versammlung

statt, zu der sämtliche Mitglieder herzlich eingeladen werden.

Tagesordnung

1. Jahresbericht (Ref. Kamerad Witt).
- a) Revisionsbericht (Ref. Kamerad Bogt).
- b) Revisionsbericht (Ref. Kamerad Engler).
2. Wahl des gesamten Vorstandes.
3. Verschiedenes.

Obne Mitgliedsbuch bezw. Aufnahmebeschein kein Zutritt.

Witt, l. Vorsitzender.

Soeben erschienen

ist der

Vorwärts-Almanach

1921

Preis 4 Mark.

Buchhandlung Volkswacht,

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Institut für Zahnleidende

Telefon 2621. Pfefferstadt 71. Nähe Bahnhof.

Spezialärztl. Abteil. Spezialtechn. Abteil.

Mund- u. Zahnapparaturen. Zahnersatz mit und ohne in Gießlicher oder Gummipolster aller Systeme. allgemeiner Zahnreinigung. Zahnplomben jeder Art. Zahnregulierungen. Reparaturen, Umstellungen schmerzlos. MAA-Kostenberechnung.

Sprechzeit 8-7, Sonntag 9-12.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Mittwoch, den 20. Januar 1921, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1.

Dies irae

Tragödie in 6 Akten von Anton Wildgans. In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Merg. Inspektion: Emil Werner.

Dr. med. phil. Vinzenz Tollmer Karl Altmeyer Elisabeth Tollmer, seine Frau Frieda Reginald Hubert, seiner Sohn. ...

Dr. med. phil. Vinzenz Tollmer Karl Altmeyer Elisabeth Tollmer, seine Frau Frieda Reginald Hubert, seiner Sohn. ...

Donnerstag, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten A 2.

Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 2. Don Juan

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2.

Sonntag, nachm. 3 Uhr. Kleine Preise. Prinz Sigismund und Prinzessin Gonzalsh. Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Die Matten.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)

Tel. 4092. Tel. 4092.

Besitzer u. Direktor Paul Baummann.

Kunstl. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.

Neues Mittwoch, den 20. Januar

Anfang 7 Uhr Anfang

Zum 1. Male.

3 Zwillinge

Schwank in 3 Akten v. Toni Impeloven und Karl Mathern.

Morgen Donnerstag, d. 27. Januar

Wiener Blut.

Vorverkauf findet täglich v. 10-4 Uhr nur im Deumaha-Haus Langgasse 69/70 statt.

Sonntags 9-2 Uhr a. d. Theaterkasse

Nach Schluß der Vorstellung:

Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parterre-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Stadttheater Zoppot.

Donnerstag, den 27. Januar 1921, abends 7 Uhr. Außer Abonnement. Zu kleinen Preisen.

„Der Dieb“.

Sonntag, den 30. Januar 1921: Abonnement A. „Die Rose von Stambul“.

Täglich 7 Uhr.

SCALA THEATER

Fr. Sporthalle Große Allee

Das große Varieté-Programm!

Alberti's

Löwen-Gruppe

und das neue

Pracht-Programm

Vorverkauf: Deumaha-Haus

Nachtkalter Scala-Café

Künstlerspiele u. Palais de danse

Täglich 4 Uhr

Konzert

Deutscher Heimatbund

Rechtshilfevortrag: Wie schützen und erhalten wir unsere schönen Wälder (Oberförster Nicola).

Waldlieder: Danziger A-cappella-Chor (Leiter: R. Koenenkaamp).

Freitag, den 28. Januar, abends 8 Uhr: Aula der Oberrealschule, Hauptplatz.



K.K. Brett'l

Große Allee 10 — Telefon 3387

Großes Januar-Programm!

Großstadtbetrieb

Hervorragend in Küche und Keller zu zivilen Preisen.

Hotel Danziger Hof

Wintergarten und Rokosoaal

Donnerstag:

5-Uhr-Tanz-Tee

Stettin-Orchester 10 Solisten

Eigene Konditorei Mix- und Eisgetränk

Sonntag: Revue Sonntag: Tafelmusik-Familienabend



Lichtbild-Theater



III. Damm 3.

Spielplan

vom 26. bis 28. 1. 21.

Ein Spielplan für Alle!

Der Feuerreiter

Sensationschauspiel in 5 Akten.

Hauptdarsteller: Bruno Kastner.

Das Heidenmädchen der Prärie!

Fruchtvolles Indianerdrama in 4 Akten.

Steppenritte, Indianerschlarren usw.

Rudis stilles Stündchen!

Lustspiel in 2 Akten. (3477)

Geld verleiht

J. P. Androskowski,

Danzig, Poggendorf 47.

(3470)

Verlangen Sie die

„Volkstimme“

in den Gasstätten!

Achtung! Achtung!

Großer Posten

Marine-

Kommiss-Tuche

in aller Friedensqualität

eingetroffen.

Fertige Marine- und

Seils vorrätig. Sehr preis-

werte Zugang. Holen u.

Palaststraße. (3469)

Gebr. Kuhn,

Zachhandlung,

Elisabethstraße 6.

St. Posten Stühle,

Herrn- und Schlaf-

zimmer, Büromöbel

empfiehlt (3477)

Beyrowski & Rahme,

Bau- und Möbelschleier,

Samtstoffe 6

(Artillerie-Kaserne II).

Stubenhund

zu verkaufen (+)

Danzig, Opitzstraße 17pt.

Frauen

Wenn bei Störung der

Periode Blutstauung usw.)

andere Mittel nicht helfen,

brauchen noch nicht zu

verzagen, bestellen Sie so-

fort Präparate Marke:

Sorgetreil.

Preisliste mit vielen Dank-

scheiben gegen Mk. 1.—

Barzahlung. General-

depot: H. Schäfer, München,

Arnulfstr. 42. (2836)

Volkfürsorge,

Ökonomische Besessen-
schaftliche Versicherungs-
Anstalt

sein Vollversicherer.

— Sterbekasse. —

Günstige Tarife für

Erwachsene und Kinder.

Auskunft in den Büros

der Arbeiterorganisationen

und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt,

Mattenbuden 35.

Sehr billig!

Können wir durch günstigen

Rederkauf Schubbel-

linden und Reparaturen

34371 herstellen.

Plus pr. Leder liefern wir

Damenbesetzung u. Ab-

lässe von 25 M. an.

Herrnbesetzung u. Ab-

lässe von 35 M. an.

Damengummiholen und

Gummilablässe v. 20 M. an.

Herrngummiholen und

Gummilablässe v. 25 M. an.

Ferner empfehlen wir

unsere elegante Neuan-

fertigung in modernen

Formen, heller Verarbei-

tung u. billig im Preise.

Filbrandt & Co.,

Danzig, Hundegasse 37.

Der Neue Weltkalender

für 1921

Preis 2,25 Mark

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind

billig und erfolgreich

J. A. Schnibbe

Danzig, Hundegasse 18/20 gegenüber

der Post

• Kunsthandlung •

und Werkstätte für feilgerechte

Bilder-Einrahmungen.

Gegr. 1866. Tel. 3343.

Danziger Glossen

Heft 3

von Ernst Ewert

Preis 1.50 Mark.

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Günstigste Reisegelegenheit nach Deutschland an Bord des Lloyd dampfers „Vorwärts“

2576) Ab Danzig jeden Mittwoch u. Sonnabend vorm. 10.30 Uhr. Ab Zoppot (nur bei günstigem Wetter) vorm. 11.30 Uhr. Ab Swinemünde Extrazüge nach Berlin-

Fahrkartenverkauf: Norddeutscher Lloyd, Zweigniederlassung Danzig, vorläufig Stadtgraben 5 in der Verkehrszentrale (Tel. 549) später Hohes Tor (frühere Hauptwache).

Ferner **Baltropa**, Internationales Reise- und Verkehrsbüro G. m. b. H., Danzig, Grünes Tor. — Telegr.-Adr.: Baltropa. — Telefon 1736.